

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Glawischnig-Piesczek

betreffend Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohleverbrennung in Kraftwerken

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Bürgerinitiative Nr. 15 betreffend „Aus für die dreckige Kohle“ (1054 d.B.)

„Mit einem Anstieg von 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr hatte der Sektor Energieaufbringung den höchsten Anstieg aller Sektoren verglichen mit dem Jahr 2002 zu verzeichnen. Hauptverantwortlich dafür war der Anstieg der Strom- und Wärmeproduktion in kalorischen Kraftwerken und die Veränderung des Brennstoffmixes zugunsten fester Brennstoffe (sprich Kohle, Anm. d.V.).“

„Kyoto-Fortschrittsbericht 1990-2003, Datenstand 2005“, Umweltbundesamt, Wien, 2005

Die Treibhausgasemissionen steigen seit Jahren stark an und lagen im Jahr 2003 (letzte verfügbare Daten gem. Umweltbundesamt) mit 91,6 Mio. Tonnen CO2-Äquivalenten bereits um 16,6% über dem Wert von 1990. Österreich liegt damit bereits knapp 30 Prozentpunkte über dem Kyoto-Klimaschutzziel (Minus 13% gegenüber 1990) und damit im EU-Vergleich am vorletzten Platz. Nur Spanien bläst mehr klimaschädliche Gase in die Luft. Neben dem Verkehrssektor ist die starke Zunahme der Kohleverbrennung in Kraftwerken zur Energieerzeugung eine der Hauptursachen für Österreichs katastrophale Klimaschutzbilanz.

Die Treibhausgasemissionen des Energiesektors wachsen derzeit am schnellsten und sind alleine von 2002 auf 2003 um 20% gestiegen. Zum Vergleich: die Emissionen des Verkehrssektors sind im selben Zeitraum um 8% gestiegen. Neben dem stark steigenden Stromverbrauchswachstum ist vor allem auch der deutlich gestiegen Einsatz von Kohle als Brennstoff in Kraftwerken als Ursache zu nennen.

Nach einem Rückgang Anfang der neunziger Jahre ist der Kohleverbrauch in der E-Wirtschaft seit 1997 wieder stark gestiegen. Alleine zwischen 1997 und 2002 hat er sich mehr als verdoppelt. Kohle weist im Vergleich zu allen anderen Energieträgern die höchsten spezifischen CO2-Emissionen auf, das bedeutet etwa im Vergleich zu Erdgas mehr als doppelt soviel CO2-Emissionen für die Erzeugung derselben Strommenge.

Im Jahr 2003 wurden durch die Kohleverbrennung in Kraftwerken ca. 7 Mio. Tonnen CO2-Emissionen bzw. 52% der gesamten CO2-Emissionen der E-Wirtschaft verursacht. Zum Vergleich: 1998 wurden 3,5 Mio. Tonnen CO2 durch die Kohleverfeuerung in Kraftwerken verursacht. Die Emissionen haben sich also in sieben Jahren verdoppelt. Insgesamt hat die Kohleverbrennung in Kraftwerken im Jahr 2003 einen Anteil von ca. 10% an den gesamten österreichischen Treibhausgasemissionen.

Der WWF Österreich hat mit der Bürgerinitiative „Aus für die dreckige Kohle“ bereits im Jahr 2003 auf die besorgniserregende Zunahme der Kohleverstromung aufmerksam gemacht. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass diese Bürgerinitiative heute mehr Berechtigung denn je hat.

Auch die seit 1.1.2004 eingeführte erstmalige Besteuerung von Kohle wird an diesem Trend nichts ändern. Denn wirklich betroffen von der Energiesteuer von 5 Cent/kg auf Kohle sind nur der Kohleeinsatz zu Heizzwecken in Haushalten, der Einsatz zur Stromerzeugung in der E-Wirtschaft ist steuerbefreit. Experten des WIFO und des Umweltministeriums gehen davon aus, dass der Kohleverbrauch sich bis 2010 auf sehr hohem Niveau stabilisieren und danach weiter steigen wird (vgl. WIFO Energieszenarien 2020). Diese Tatsache wird auch von Vertretern der Energiewirtschaft bestätigt, die bereits über neue Kohlekraftwerke bzw. Kapazitätsausweitungen nachdenken.

Eine Reduktion bzw. ein mittelfristiger Ausstieg aus der Kohleverbrennung ist im Hinblick auf die Erreichung des Klimaschutzzieles unerlässlich. Bisher hat die Bundesregierung dafür nicht einmal ansatzweise einen Plan. Dies geht auch aus einer aktuellen Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der Grünen durch BM Bartenstein hervor. Der Minister weicht darin allen Fragen nach einem Ausstieg aus der Kohleverbrennung konsequent aus, kann oder will keine Ziele, Pläne oder Maßnahmen nennen und verweist lediglich auf die derzeit seitens des Umweltministeriums laufende Überarbeitung der Klimastrategie.

Um den Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohleverbrennung zu forcieren, sind zahlreiche Maßnahmen möglich und sinnvoll:

- In der kommenden Periode des Emissionshandels muss es im Rahmen des nationalen Allokationsplans zu einer deutlich knapperen Zuteilung von Emissionszertifikaten für die E-Wirtschaft kommen und damit ein klarer betriebswirtschaftlicher Anreiz für den Umstieg von Kohle auf CO2-ärmere Energieträger geschaffen werden. Gelingt dies nicht, so müsste die Kohlebesteuerung auch auf die Stromerzeugung in Kraftwerken ausgeweitet werden.
- Im Bereich der E-Wirtschaft ist es jederzeit technisch durchführbar, den Energieträgermix deutlich zugunsten CO2-ärmeren Energieträgern zu verändern. Viele der österreichischen Wärmekraftwerken sind mit unterschiedlichen Energieträgern befeuerbar und können beispielsweise auch mit Erdgas oder Biomasse betrieben werden. Würde beispielsweise die derzeit durch Kohleverbrennung erzeugte Strommenge durch Erdgas erzeugt, würden die derzeit durch die Kohlefeuerung verursachten CO2-Emissionen schlagartig um mehr als die Hälfte bzw. 3,5 Millionen Tonnen sinken.
- Das seit Jahren stark steigende Stromverbrauchswachstum ist kein Naturgesetz und muss gestoppt werden. Das Verbrauchswachstum soll in den nächsten Jahren stabilisiert und mittelfristig sinken. Dazu braucht es bundesweit akkordierte Energiesparprogramme. 20% des derzeitigen Stromverbrauchs der Haushalte kann ohne Komfortverlust weggespart werden. Die Stromrechnung der Haushalte sinkt dadurch um 200 bis 1.000

Euro pro Jahr. Die Kohleverbrennung in Kraftwerken kann entsprechend zurückgefahren werden.

- Der Bund muss den Rahmen für eine Effizienzrevolution schaffen. Ein Energieeffizienzgesetz soll durch neue Regelungen bzw. Novellierungen bestehender Gesetze zu einer rascheren Marktdurchdringung energieeffizienter Technologien in den Bereichen Neukauf standardisierter Geräte und Produkte (Massenware) und Neuerrichtung von Anlagen im Bereich System- und Gebäudetechnik führen.
- Ein Energieeffizienzfonds soll den Kauf von stromsparenden Haushalts- und Bürogeräten belohnen und eine flächendeckende Energieberatung ermöglichen.
- Der Anteil der Stromerzeugung aus Sonne, Wind, Holz und Kleinwasserkraft soll in den kommenden Jahren zulasten der Verfeuerung fossiler Energieträger wie Kohle oder Öl deutlich gesteigert werden. Dazu braucht es ein verbessertes Ökostromgesetz. Die derzeit diskutierte Regierungsentwurf ist dafür ungeeignet und würde einen Ausbaustopp für neue Ökostromanlagen bedeuten.

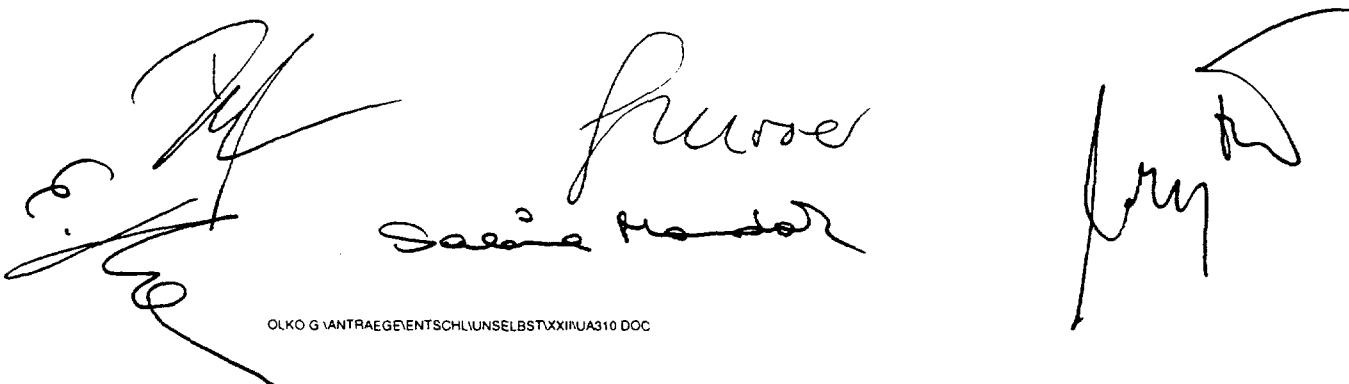
Ohne entschiedene Eingriffe der Politik werden die CO2 Emissionen aus der Kohleverstromung bis 2020 weiter stark steigen, die Erreichung des österreichischen Klimaschutzzieles verunmöglichen bzw. im Widerspruch zu den vom EU-Umweltministerrat definierten Klimaschutzzielen für nach 2010 stehen. Bis 2020 will die EU ihre CO2 Emissionen um weitere 20-30% senken, bis 2050 sogar um 60-80%. Kohlekraftwerke haben in einem solchen Szenario schon rein rechnerisch keinen Platz mehr. Es braucht daher einen Ausstiegsplan aus der Kohleverbrennung in Kraftwerken in Österreich. Ziel sollte der Ausstieg bis 2010 sein. Dies würde einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung des österreichischen Klimaschutzzieles leisten und – durch die Forcierung von Alternativen – auch neue Arbeitsplätze schaffen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit sowie der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft werden aufgefordert, dem Nationalrat so rasch wie möglich einen detaillierten „Ausstiegsplan aus der Kohleverbrennung in Kraftwerken bis zum Jahr 2010“ vorzulegen.



OLKO G\ANTRÄGEVENTSCHLIESSUNGSANTRAGXXII\UA310.DOC